

1 Jahr Atommüll-Kommission

Die Zwischenbilanz des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

Berlin, 21. Mai 2015

Am 12. April 2014 hatte der BUND-Gesamtrat die Teilnahme des Verbandes an der Atommüll-Kommission und die Entsendung seines stellvertretenden Vorsitzenden Klaus Brunsmeier in das Gremium beschlossen. Obwohl diese Mitarbeit auch in den eigenen Reihen von nicht wenigen kritisch gesehen wird, hatte der BUND sich mit Zustimmung seiner basisdemokratischen Organe entschieden, in der Kommission mitzuarbeiten (am 22. Mai 2014 hatte dann die Atommüll-Kommission ihre Arbeit aufgenommen).

Die Bundesdelegiertenversammlung des BUND (BDV) - das höchste Entscheidungsgremium des Verbandes - bestätigte im November 2014 nach einer intensiven und kritischen Debatte deutlich (bei nur zwölf Gegenstimmen) den Beschluss, in der Atommüll-Kommission mitzuarbeiten. Die nächste BDV (Ende 2015) soll über die weitere Teilnahme an der Kommission entscheiden.

Der BUND zieht jetzt nach einem Jahr eine erste Zwischenbilanz der Arbeit der Kommission:

Die Kommission benötigte eine relativ lange Anlaufzeit. Diskussionen in einer solch großen Gruppe sind nicht leicht und sehr zeitaufwendig. Die vereinbarte Konsens-Orientierung ist in der konkreten Arbeit nicht immer einfach. Die Kommission arbeitet sehr transparent, jedoch scheiterte etwa die Video-Übertragung von Arbeitsgruppen-Sitzungen an den Möglichkeiten der Bundestagsverwaltung. Die Einrichtung der Arbeitsgruppen hat sich bewährt, sie ermöglichte eine intensivere Arbeit. Der BUND-Vertreter Klaus Brunsmeier ist einer der zwei Vorsitzenden der Arbeitsgruppe 2 (Evaluierung des Standort-Auswahl-Gesetzes StandAG). Es gelang es dem BUND, als ersten Arbeitsschwerpunkt der Kommission eine Überprüfung des Gesetzes durchzusetzen. Einen konkreten Beschluss der Kommission hat es zur Verbesserung der geplanten Behördenstruktur geben. Dieser sieht auch die Gründung eines neuen staatlichen Unternehmens als Vorhabensträger bei der Atommülllagerung vor. Auch zur wichtigen Frage Verlängerung der Veränderungssperre für Gorleben gab es einen Beschluss der Kommission, der insbesondere den Bundesrat auffordert, den Verzicht auf dieses einseitig den Standort Gorleben benachteiligende Instrument zu prüfen. Weitere wichtige Themen wie die Verbesserung des Rechtsschutzes oder ein wasserdichtes Exportverbot sind in Vorbereitung. Für den BUND ist es von zentraler Bedeutung, dass es jetzt schnell zu einer Novelle des StandAG kommt.

Erschwert wird die inhaltliche Arbeit der Kommission durch die Versuche der AKW-Betreiber, sich durch Klagen oder eine geplante Aufspaltung in Teil-Unternehmen (e.on) vor den Kosten von Atommülllagerung und Standortsuche zu drücken.

Schwer getan hat sich die Kommission bisher auch mit der wichtigen Aufgabe, die Öffentlichkeit intensiv an ihrer Arbeit zu beteiligen. Inzwischen ist ein Beteiligungskonzept fast fertiggestellt. Die Beteiligung der Öffentlichkeit beginnt mit dem Bürgerdialog am 20.6. in Berlin und soll dann nach der Sommerpause richtig starten. Der BUND ist der Überzeugung, dass gerade auch für eine umfassende Beteiligung der Öffentlichkeit mehr Zeit benötigt wird. Deshalb sollte die Arbeitszeit der Kommission bis Ende 2016 verlängert werden.

Zwischenbilanz Atommüll-Kommission

In der Arbeit der Kommission wird immer klarer, dass eine alleine Befassung mit der Suche nach einem Lager für den hochradioaktiven Müll der Herausforderung nicht gerecht wird. Es muss viel stärker noch der gesamte Atommüll in den Blick genommen werden. Es gibt Sicherheitsprobleme an den Zwischenlagern und es ist völlig unklar was passiert, wenn deren befristete Genehmigung abläuft. Für den Müll, der aus der Asse rückgeholt wird, die Uranabfälle aus Gronau und „nicht Schacht-Konrad-gängige“ Abfälle aus dem Rückbau der Atomkraftwerke ist bislang ungeklärt, ob dieser mit in das Lager für den hochradioaktiven Müll eingelagert werden soll oder ob hierfür ein weiteres Lager gebraucht wird. Die Atommüll-Kommission muss diese Fragen in ihre Arbeit aktiv einbeziehen.

Positiv sieht der BUND, dass die Kommission zuerst grundlegende Fragen wie Lageroptionen und Rückholbarkeit diskutiert, bevor konkrete Kriterien erarbeitet werden. Schwierig dürfte die Beantwortung der Frage werden, ob in das zu suchende Atommüll-Lager „nur“ der hochradioaktive Müll eingelagert werden soll oder ob auch der weitere Atommüll, der nicht in das genehmigte Lager Schacht-Konrad darf, mit eingelagert werden kann.

1. Warum arbeitet der BUND in der Kommission mit?

Der BUND hatte sich zwar schwer getan, in der Kommission mitzuarbeiten und im Vorfeld das zugrundeliegende Standortauswahlgesetz und auch die Zusammensetzung der Kommission kritisiert. Die Abgeordneten des Deutschen Bundestags hatten vor der Entscheidung des BUND jedoch einige unserer Forderungen aufgegriffen und in einem Entschließungsantrag klargestellt, dass es zentrale Aufgabe der Kommission ist, einen breiten gesellschaftlichen Dialog zu organisieren und das bisherige Endlagersuchgesetz zu überprüfen. Außerdem hat das Bundesumweltministerium eine von Ex-Umweltminister Peter Altmaier eingereichte Klage zurückgezogen, mit der die Sonderrolle des Standorts Gorleben gestärkt worden wäre. Die Erkundung des Standortes Gorleben wurde gestoppt und das alte Planfeststellungsverfahren für beendet erklärt. Das im Gesetz vorgesehene neue Bundesamt für kerntechnische Entsorgung (BKE) wurde zunächst nur provisorisch eingerichtet. Der BUND hatte sich entschieden, diese Ankündigungen der Politik beim Wort zu nehmen und Druck für deren Umsetzung zu machen.

2. Was will der BUND in der Kommission erreichen?

In der Atommüll-Kommission arbeitet der BUND für ein besseres Suchverfahren mit echter Bürgerbeteiligung und ohne eine Bevorzugung von Gorleben. Wichtig ist dem BUND, dass der gesamte Atommüll in den Blick genommen wird und dass die realen Probleme beim aktuellen Umgang mit dem Atommüll Ausgangspunkte der Arbeit sein müssen. Wir wirken daran mit, dass das kritikwürdige Standortauswahlgesetz für ein Atommüll-Lager möglichst schnell überarbeitet wird. Dabei streben wir die vorzeitige Novellierung des Gesetzes an. Wichtige Themen sind eine klare und nachvollziehbare Behördenstruktur in Bezug auf die Atommüll-Frage, Verbesserungen beim Rechtsschutz und ein wirksames Verbot des Exports von hochradioaktivem Atommüll. Wir arbeiten daran, nachteilige Entscheidungen bezüglich des Salzstocks Gorleben (wie z.B. durch eine einseitige Verlängerung der Veränderungssperre) zu verhindern. Wir wirken zudem drauf hin, eine umfassende Beteiligung der Öffentlichkeit an der Arbeit der Kommission und im späteren Standortauswahlverfahren zu gewährleisten.

3. Ziele des BUND

- Die Kommission muss sich zunächst auf ein gemeinsames Leitbild für die Herausforderungen, die zu bearbeiten sind, verständigen.
- Die Kommission muss möglichst schnell einen gesellschaftlichen Dialog zum Thema Atommüllagersuche starten.
- Ziel ist eine umfangreiche Beteiligung der Öffentlichkeit durch die Kommission (auch zu Lagerkonzepten und Rückholbarkeit).
- Die Kommission muss zunächst im Rahmen einer grundsätzlichen Evaluierung des StandAG geeignete Vorschläge zur Änderung des Gesetzes erarbeiten.

- Eine grundsätzliche Evaluierung des StandAG und kurzfristige Vorschläge zur Änderung des Gesetzes sollten folgende Schwerpunkte enthalten:
 - Verbesserung des Rechtsschutzes.
 - Öffentlichkeitsbeteiligung mit tatsächlichem Einfluss.
 - Eine neue Behördenstruktur.
 - Mögliche Nachteile für den Standort Gorleben müssen vermieden werden.

4. Zur Arbeitsweise der Kommission

a) Was wurde erreicht?

- Das Konsensprinzip wurde in der Geschäftsordnung verankert.
- Die Kommission arbeitet transparent: Live-Übertragungen von Kommissions-Sitzungen, Wortprotokolle und Arbeitsmaterialien werden grundsätzlich im Internet veröffentlicht.

b) Was problematisch ist:

- Die Rolle der Vertreter der AKW-Betreiber (die wesentliche Teile des StandAG vor Gerichten beklagen).
- Zusätzliche Abstimmung in einer nicht transparenten Vorsitzenden-Runde.
- Probleme bei der Zusammenarbeit des Deutschen Bundestages mit der Kommission.
- Keine Live-Übertragung von Arbeitsgruppen(AG)-Sitzungen.
- Nichtvorhandensein von Lösungen zur Finanzierung der Teilnahme von Umweltverbänden und unabhängigen Wissenschaftlern.

c) Forderungen des BUND:

- Die Rolle der Vertreter der AKW-Betreiber muss geklärt werden. Hier wäre z.B. ein Verzicht auf ihr Stimmrecht eine Möglichkeit.
- Die „Zusammenarbeit auf Augenhöhe“ muss ermöglicht werden.
- Das konsensorientierte Arbeiten ist zu verstärken (evtl. auch externe Moderation einsetzen).
- Die Transparenz ist weiter zu verbessern: Live-Streams für alle AG-Sitzungen, bessere Verfolgbarkeit der Übertragungen und Videos.

5. Evaluierung des StandAG

a) Was wurde erreicht?

- Kurzfristige Gesetzesänderungen werden in der AG 2 auf den Weg gebracht, d. h. eine „BRAVO“-Novelle mit folgenden Inhalten:
 - Eine neue Behördenstruktur – hierzu gibt es einen konkreten Beschluss der Kommission.
 - Verbesserung des Rechtsschutzes (hierzu wurden Gutachten vergeben).
 - Eine Verlängerung der Arbeitszeit der Kommission (wird noch weiter diskutiert).
 - Alternativen zur Veränderungssperre für Gorleben – ein Beschluss der Kommission vom 18.5.2015 fordert den Bundesrat auf, Alternativen zu prüfen.
 - Ohne Export-Option. Die Ausweitung des Exportverbots wurde am 18.5.2015 in der Kommission diskutiert – ein BUND-Vorschlag liegt vor.

b) Was ist schwierig?

- Der Umsetzungsweg von Kommissionsvorschlägen und Beschlüssen ist noch nicht abschließend geklärt.
- Gleichzeitig mit der Kommissions-Arbeit findet die Erstellung eines nationalen Entsorgungsprogramms durch das Bundesumweltministerium statt.

c) Forderungen des BUND:

- eine schnelle StandAG-Novelle, mit der die genannten zentralen Punkte umgesetzt werden.

- Verzicht auf die Veränderungssperre für Gorleben und ein klares Exportverbot (beides sind wichtige Bausteine für den notwendigen Vertrauensaufbau).

6. Beteiligung der Öffentlichkeit

a) Was wurde erreicht?

- Am 20. Juni startet die Öffentlichkeits-Beteiligung an der Arbeit der Kommission mit einem Dialogforum in Berlin.
- Ein Beteiligungskonzept liegt im Entwurf vor und wurde am 18.5.2015 in der Kommission im Grundsatz verabschiedet.
- Seit kurzem hat die Kommission eine neue Website mit einem Internet-Forum.

b) Was ist schwierig?

- Umfangreiche Beteiligung mit Einfluss ist aufwändig und braucht Zeit.
- Nur unzureichendes Lernen aus den Fehlern bei den Vorgängen um Asse, Gorleben, Schacht-Konrad und Morsleben.
- Kein Ansatz einer Einigung zwischen politischen Kontrahenten erkennbar.
- Nach wie vor lehnen große Teile der Anti-Atom-Bewegung die Kommission und eine Beteiligung an deren Arbeit ab.

c) Neue Forderungen des BUND:

- Der BUND fordert, die Arbeit der Kommission bis Ende 2016 zu verlängern.
- Der BUND fordert eine Verständigung mit allen aktuell und potentiell von der Atommüllagerung betroffenen Regionen über das Standortauswahlverfahren.

Aktuelle Informationen zur Arbeit des BUND in der Atommüll-Kommission finden Sie im Internet unter:
www.bund.net/atommuell-kommission

Kontakt und weitere Informationen:

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND)
Thorben Becker
Leiter Atompolitik
Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin
(0 30) 2 75 86-421
thorben.becker@bund.net